



26. März 2021

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Ruhetage über Ostern – nicht die Folgen bedacht**
- **Nach Impfgipfel: Franke für sofortigen Impfstart bei Hausärzten**
- **Das Lobbyregister kommt**
- **Sexuellen Missbrauch von Kindern härter bestrafen**
- **Im Deutschen Bundestag in erster Lesung**
- **Für einen guten ökologischen Zustand der Wasserstraßen**
- **Bilder der Woche**

Ruhetage über Ostern – nicht die Folgen bedacht

Die Bund-Länder-Runde hatte „Ruhetage“ über Ostern vereinbart. Dieser Plan wurde aber unmittelbar danach wieder gekippt. Bundeskanzlerin Angela Merkel übernahm die Verantwortung für diese Kehrtwende.

„Sicherlich muss man unterstellen, dass die Maßnahme in bester Absicht beschlossen wurde. Sie wurde aber nicht zu Ende gedacht und war vor allem praktisch nicht umsetzbar“. Dies betont der SPD-Gesundheitspolitiker Edgar Franke.

Sich nicht früher damit zu beschäftigen, wie diese Entscheidung umgesetzt werden kann sei ein Fehler gewesen. Außerdem habe man die Bedeutung solcher Einschnitte für die Bevölkerung offensichtlich völlig vernachlässigt, so Franke weiter. Kritik von vielen Seiten sei so vorprogrammiert gewesen.

„Merkel hat für ihren Rückzieher und der Übernahme der Verantwortung Respekt verdient“, hebt der Gesundheitspolitiker hervor. „Nun muss aber endlich die Erkenntnis folgen, dass Beschlüsse nicht ausschließlich in Bund-Länder-Gesprächen abgestimmt werden. Sie müssen vorab auch im Deutschen Bundestag diskutiert werden!“.



Franke für sofortigen Impfstart bei Hausärzten

Vergangene Woche trafen sich Bund und Länder zu einem Impfgipfel. Eine zentrale Frage war, wie Hausärzte in die Impfkampagne eingebunden werden können. Der Gesundheitspolitiker Edgar Franke forderte danach einen sofortigen Start der Impfungen auch in Hausarztpraxen. "Wir dürfen nicht nur darüber reden, sondern es müssen jetzt Taten folgen", betonte Franke.

"Die niedergelassenen Ärzte könnten den kompletten vorrätigen Impfstoff innerhalb von wenigen Tagen problemlos verimpfen", ergänzt der SPD-Abgeordnete. „Nur wenn wir jetzt den Impfturbo einlegen und auch das Testen erheblich ausweiten, kommen wir gut durch die dritte Corona-Welle. Gleichzeitig sorgen wir damit auch endlich für Lockerungsmöglichkeiten, um wieder in Gaststätten, Biergärten und Kinos gehen zu können“.

Das Lobbyregister kommt

Die Interessenvertretung von Unternehmen, Verbänden oder zivilgesellschaftlichen Akteuren ist ein wichtiger und legitimer Baustein unserer Demokratie. Entscheidend ist allerdings, dass diese Einflussnahme transparent und in geordneten Bahnen geschieht. Die „Maskenaffäre“, die inzwischen mehrere Unions-Abgeordnete ihr Mandat gekostet hat, zeigt einmal mehr: Es ist nicht selbstverständlich, dass sich alle Beteiligten korrekt verhalten. Deswegen haben wir diese Woche das lange überfällige Gesetz zur Einführung eines Lobbyregisters beschlossen.



In dieses Register müssen sich zukünftig alle Lobbyisten eintragen, die Kontakt mit den Abgeordneten und Fraktionen des Bundestags oder hochrangigen Funktionären der Bundesregierung aufnehmen. Sie müssen sich dabei an einen verbindlichen Verhaltenskodex halten. So müssen sie angeben, in wessen Auftrag sie agieren, welcher Themenbereich relevant ist und wie die jeweilige Interessenvertretung finanziert wird. Andernfalls drohen Strafen von bis zu 50.000 Euro. Dieses Gesetz stärkt unsere Demokratie und schafft das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen.

Sexuellen Missbrauch von Kindern härter bestrafen

Mit dem Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder bekämpfen wir den sexuellen Missbrauch von Kindern und die Verbreitung sowie den Besitz von Kinderpornografie noch entschiedener.

Erstens wird sexueller Missbrauch von Kindern künftig immer als Verbrechen behandelt. Um dennoch in der Schwere der Tat besser unterscheiden zu können, wird es künftig drei verschiedene Straftatbestände geben.

Zweitens werden auch der Besitz und die Verbreitung von Kinderpornografie zukünftig als Verbrechen eingestuft. Dies hebt die Schwere des Unrechts deutlicher hervor und gibt den Gerichten einen größeren Handlungsspielraum bei der Bestrafung der Taten.

Drittens werden das Verbreiten und der Besitz von kindlich aussehenden Sexpuppen unter Strafe gestellt.

Im Deutschen Bundestag in erster Lesung

Digitale Versorgung und Pflege



Die Corona-Pandemie zeigt: Wir brauchen mehr Digitalisierung im Gesundheitswesen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur digitalen Modernisierung von Versorgung und Pflege (DVPMG), den wir in dieser Woche in 1. Lesung beraten haben, zielt deshalb darauf ab, das Potential einer digitalen Gesundheitsversorgung weiter auszuschöpfen.

Mit dem Gesetz soll auch die Versorgung der Versicherten flächendeckend verbessert und erleichtert werden. Dazu sollen die bestehenden Projekte wie beispielsweise die digitale Infrastruktur für das Gesundheitswesen und die elektronische Patientenakte weiterentwickelt werden.

Im Mittelpunkt muss der Nutzen der Anwendungen für die Patienten stehen. So sollen im Pflegebereich mehr digitale Anwendungen zum Einsatz kommen, um den Alltag von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen zu erleichtern.

Patienten können künftig schnell und unkompliziert verschreibungspflichtige Arzneimittel über elektronische Verordnungen bekommen. Zudem gelangen sie über ihre elektronische Patientenakte direkt auf das nationale Gesundheitsportal, das zu vielen gesundheitlichen Fragen informiert.

Mehr Chancen für Menschen mit Behinderungen

Die Teilhabe im Alltag von Menschen mit Behinderungen soll gestärkt werden. Hierzu beriet der Deutsche Bundestag über den Entwurf eines Teilhabestärkungsgesetzes.

So sollen künftig mehr Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit bekommen, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt erwerbstätig zu werden.

Geplant ist zudem, dass Leistungserbringer von Reha- und Teilhabeleistungen künftig dafür sorgen müssen, insbesondere Frauen vor Gewalt zu schützen.

Verkauf von Gütern und Waren mit digitalen Elementen

Dieses Gesetz sieht eine Update-Pflicht für Verkäufer digitaler Güter vor, um eine längere Funktionstüchtigkeit und mehr IT-Sicherheit zu garantieren.

Gerade bei Smartphones, Tablets oder Software wird dadurch die Nutzungsdauer erhöht. Außerdem wird die Gewährleistung auf ein Jahr ausgedehnt: Wenn also innerhalb eines Jahres nach Kaufdatum ein Mangel auftritt, wird davon ausgegangen, dass er schon im Moment des Kaufs vorlag.

Schadenersatz bei unlauteren Geschäftspraktiken

Verbraucher, die durch unlautere Geschäftspraktiken geschädigt wurden, sollen wirksamer geschützt werden. Sie erhalten in Zukunft einen Schadenersatzanspruch.

Außerdem stärken wir die Verbraucherrechte in drei Bereichen:

- Verbrauchs- und Vermittlungsportale (z.B. Check24 oder Geizhals.de) im Internet müssen offenlegen, wie sie zu ihren „Rankings“ kommen, und kennzeichnen, wenn die Ergebnisse durch Werbung oder Provisionszahlungen beeinflusst wurden.
- Wichtig für alle Fußball- und Konzertfans: Ticketbörsen müssen künftig über den Originalpreis des Veranstalters Auskunft geben.
- Veranstalter von „Kaffeefahrten“ müssen ihre Daten und Informationen darüber, unter welchen Bedingungen den Teilnehmer bei Vertragsabschluss ein Widerrufsrecht zusteht, bei den Behörden hinterlegen.

Für einen guten ökologischen Zustand der Wasserstraßen

Mit Eder, Diemel und Weser ist die besondere Bedeutung von Wasserstraßen und Gewässern in unseren Wahlkreisen sehr präsent. Wichtig ist aber nicht nur ihre Bedeutung für den Verkehr oder Tourismus, sondern auch die Qualität ihrer Ökosysteme.

Um diese insbesondere bei künstlichen Gewässern zu verbessern sollen einerseits konkrete Maßnahmen ergriffen werden, wie das Anlegen von Flussinseln. Andererseits wird die Verwaltung des Wasserverkehrs in Zukunft zentral beim Bund gebündelt werden, um Streit über Zuständigkeitsfragen zu vermeiden. Außerdem enthält das Gesetz eine wichtige Klarstellung: Bei Investitionsentscheidungen für Wasserstraßen müssen künftig

nicht nur der Güterverkehr, sondern auch die Belange von Fahrgastschifffahrt und Sport- und Freizeitschifffahrt beachtet werden.

Bilder der Woche

Gebündelte Interessen für Würgassen

Auf Anregung der heimischen Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher (Bildmitte), Johannes Schrap (links, SPD) und Christian Haase (rechts, CDU) soll ein Standortkreis die Interessen der Region zum geplanten Atommüll-Bereitstellungslager in Beverungen-Würgassen bündeln und die Entscheidungs- und



Umsetzungsprozesse aller beteiligten Behörden und Unternehmen kritisch begleiten. "Für uns ist wichtig, dass dadurch die Transparenz des gesamten Verfahrens erhöht wird", so die drei Abgeordneten.

Spediteure - Demo in Berlin

Viele kleine und mittelständische Spediteure in Deutschland kämpfen nicht nur wegen der Pandemie ums wirtschaftliche Überleben. Besonders bedroht sie, dass sich Unternehmen



aus dem Ausland nicht an Arbeitsschutzbestimmungen halten und die Preise für Fahrten deshalb extrem drücken können. Auf einer Kundgebung in Berlin hat sich Edgar Franke die Situation schildern lassen. Er betont: „Wir brauchen faire Wettbewerbsbedingungen auf unseren Straßen!“.

Bild: Im Gespräch mit Spediteur Constantin Popov.

Veranstaltungsankündigung

Kinder- und Jugendschutz im Schatten der Pandemie - SPD-Fraktion im Online-Dialog am 7. April 2021 ab 18:30 Uhr

Die SPD-Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher (Waldeck), Ulrike Bahr (Augsburg) und Nezahat Baradari (Märkischer Kreis-Olpe) laden am Mittwoch, den 7. April 2021, von 18:30 Uhr bis 20:30 Uhr zu einer Diskussion zum neuen Kinder- und Jugendstärkungsgesetz ein. Auch die besondere Lage Kinder- und Jugendhilfe in der Pandemie steht dabei im Fokus.

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Wahlkreisbüro:

Bahnhofstraße 26
34369 Hofgeismar
Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Weitere Gäste des Abends sind der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, Sebastian Fiedler, der Vorsitzende von RISKID, Dr. med. Ralf Kownatzki, und der Leiter des Märkischen Kinderschutz-Zentrums, Ansgar Röhrbeins. Esther Dilcher und alle weiteren Beteiligten freuen sich sehr, mit Euch ins Gespräch zu kommen!

Ein ausführliches Programm und die Möglichkeit zur Anmeldung findet Ihr unter <https://www.spdfraktion.de/termine/2021-04-07-kinder-jugendschutz-schatten-pandemie>

Für Rückfragen oder bei Problemen mit der Anmeldung steht Euch das Wahlkreis-Büro von Esther Dilcher zur Verfügung (esther.dilcher.wk@bundestag.de).

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seite 2 Tino Basoukos, Seite 3 Bild von [TobiasGolla](#) auf [Pixabay](#), Seite 4 Bild von [kamleshverm](#) auf [Pixabay](#), Seite 6 Esther Dilcher (oben) und Edgar Frank (unten), Seite 7 Edgar Franke.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.